

Fairness-Initiative

AHV: Bedeutendes Sozialwerk auf der Kippe?

Das kürzliche Ja der Schweizer Stimmbürger zur Reform der AHV wurde in den Medien als «historisch» bezeichnet. Historisch war vor 70 Jahren auch das Ergebnis der Volksabstimmung zur Einführung der AHV in Liechtenstein. «Landtag, Regierung und Volk haben Weitsicht bewiesen, als sie 1952 dem AHV-Gesetz zustimmten» (Otmar Hasler in der Jubiläumsbroschüre 50 Jahre AHV). Die Abstimmung fand am 14. Dezember 1952 statt. Die Annahme der AHV-Vorlage mit 1574 Ja- zu 1366 Neinstimmen fiel recht knapp aus. Im Oberland ergab sich eine starke zustimmende Mehrheit, im Unterland hingegen eine überwältigende Ablehnung. Das Gesetz trat am 1. Januar 1954 in Kraft.

Im Gegensatz zu ihrer heutigen Haltung unterstützten seinerzeit die FBP und die VU die Einführung der Alters- und Hinterlassenen-Versicherung. Dazu Jakob Quaderer, Schaan, in der AHV-Jubiläumsbroschüre: 1948, nach der Einführung der AHV in der Schweiz «(...) wurde auch in Liechtenstein die Forderung nach einem solchen Sozialwerk laut. Allerdings war die Einführung hier

sehr umstritten, die Gegner kamen vor allem aus dem Gewerbe und aus der Landwirtschaft. Man wolle die Faulheit fördern, hiess es. Regierungschef Alexander Frick (FBP) und Arbeitersekretär Josef Sele («dr Sennle», VU) zogen damals von Gemeinde zu Gemeinde, um für die AHV-Vorlage zu werben. Ihnen ist es zu verdanken, dass sie schliesslich angenommen wurde.»

Auch Fürst Franz Josef II. forderte die Schaffung einer Volksversicherung. Anlässlich der Eröffnung des Landtages am 22. März 1952 sagte er unter anderem: «(...) Das Gesetz über die Alters- und Hinterlassenen-Versicherung darf nicht einseitig danach beurteilt werden, ob es den Steuersatz etwas erhöht (...). Es sei ein Unterpfand für den sozialen Frieden in der Zukunft, sagte der Landesfürst.

Leider hat der Wind (sind es die Fallwinde im Hohen Haus?) mittlerweile gedreht. Vor allem zahlreiche Abgeordnete der FBP und der VU haben bereits das Eintreten auf die Fairness-Initiative abgelehnt. Es ist eigentlich nicht nachzuvollziehen, was diese Volksvertretenden gegen die Beendigung der nun elf Jahre dauernden Rentenblockade haben. Ihre ablehnende Haltung zur Wiedereinführung des Mischindex führt zu einer sukzessiven Abtaktung der AHV, an der auch die heutige junge Generation kein Interesse haben kann. So hoffen viele, dass die Fairness-Initiative von Johannes Kaiser (FBP) und Manfred Kaufmann (VU) im Landtag eine Mehrheit findet.

Hansrudi Sele,
Pradafant 1, Vaduz